

Antrag

**der Abgeordneten Franziska Grunwaldt, Karl-Heinz Warnholz, Dr. Jens Wolf,
Jörg Hamann, Karin Prien (CDU) und Fraktion**

Betr.: Ursachen der Obdachlosigkeit umfassend ermitteln

Wer in den frühen Morgen- oder Abendstunden durch die Hamburger Innenstadt geht, sieht sie in den Hauseingängen liegen. Einige sind eingekuschelt in Schlafsäcken, andere aber auch unter Pappkartons und Zeitungen. Wenn die Hamburger am Vormittag in die Büros und die Geschäfte eilen, räumen die Obdachlosen ihre Nachtlager. Einige hinterlassen keinerlei Spuren, andere wiederum lassen – teilweise zwangsläufig – Müll inklusive strenger Gerüche zurück. Letzteres wiederum ärgert Angestellte und Geschäftsleute.

Medienberichten zufolge leben in Hamburg 2.000 bis 3.000 Obdachlose. Fragt man den rot-grünen Senat, wie viele es sind, verweist dieser auf eine Anfrage aus dem Jahr 2014, in der der Senat sich wiederum auf eine Untersuchung aus dem Jahr 2009 beruft, die vom damaligen Sozialsenator Dietrich Wersich (CDU) in Auftrag gegeben wurde. Doch so aufschlussreich die Studie auch in den Jahren direkt nach ihrer Erstellung war: Seitdem sind nahezu acht Jahre vergangen, in denen viel geschehen ist. Unter anderem ist hier der Wegfall der Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren im Jahr 2014 zu nennen, aber auch die Zunahme an Menschen aus krisengeschüttelten afrikanischen oder südasiatischen Staaten, die keine Chance auf Anerkennung als Flüchtling haben. Hinzu kommen Einheimische, die aus den verschiedensten Gründen wie Sucht, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder auch Scheidung durch das sogenannte soziale Netz gefallen sind. Immer wieder versuchen die Medien, diesen Menschen ein Gesicht zu geben. Sie erzählen die Geschichten von Frank und Ralf, Mihail oder Radu. Oft sind es zu Herzen gehende Berichte, die aber immer nur Einzelschicksale darstellen. Doch wie kann man diesen Menschen helfen?

Samsa, Plata, Winternotprogramm, Wärmestube, Servicestelle Arbeitnehmerfreizügigkeit; es ist keineswegs so, dass die Stadt Hamburg keine Hilfen und Beratungsstellen zur Verfügung stellt. Allerdings bekämpfen diese kaum die Ursachen der Obdachlosigkeit. Die Wahrheit ist nämlich, dass zu wenig über die Häufigkeit und Verteilung der verschiedenen Ursachen bekannt ist. Das Winternotprogramm mit derzeit 940 Plätzen erfasst immerhin die Herkunft der Übernachtenden. Das hat die Erkenntnis gebracht, dass im Winter 2015/2016 rund 60 Prozent aus ost- und südosteuropäischen Staaten wie Polen, Rumänien und Bulgarien, 30 Prozent unter anderem aus afrikanischen und südasiatischen Ländern und 9 Prozent aus Deutschland kamen. Allerdings nutzen manche Obdachlose die Plätze im Winternotprogramm gar nicht, weil die Zustände dort manchen mehr abschrecken als eine Nacht bei Frost im Hauseingang eines Kaufhauses. Über diese Menschen und ihren Hintergrund weiß die Sozialbehörde als Betreiber des Winternotprogramms im Grunde gar nichts.

„Die Klientel hat sich in den letzten Jahren verändert“, hört man immer öfter von Geschäftsleuten, wenn sie über die Übernachtenden in ihren Hauseingängen sprechen. Doch was bedeutet das? Daher ist es geboten, die Ursachen der Obdachlosigkeit näher zu erforschen, indem so viele Wohnungslose wie möglich nach ihrem Hintergrund befragt und die so gewonnenen Erkenntnisse in einer Studie zusammengefasst werden, die dann Informationen liefert, wie durch welche präventiven Maßnah-

men Obdachlosigkeit bereits vorab verhindert beziehungsweise wie sie, wenn der Fall eingetreten ist, nachhaltig bekämpft werden kann. Die eingangs erwähnte Studie „Obdachlose, auf der Straße lebende Menschen in Hamburg 2009“ sollte hier als Grundlage dienen. „Für die Untersuchung wurden obdachlose Menschen in rund 90 Hamburger Hilfs- und Unterstützungsangeboten auf freiwilliger und anonymer Basis befragt“, erklärte der damalige Sozialsenator Wersich in seinem Vorwort. Auch die im ersten Halbjahr 2017 von der Sozialbehörde in Auftrag zu gebende Studie sollte ähnlich breit angelegt sein, denn nur so sind die Ursachen für Obdachlosigkeit wirklich umfassend zu erforschen. Eine Durchführung im ersten Halbjahr kann sicherstellen, dass die Erfahrungen des aktuellen Winternotprogramms mit einfließen und für die Planungen des nächsten berücksichtigt werden können. Zudem soll bei der Durchführung der Studie der inzwischen hohe Anteil an Osteuropäern Berücksichtigung finden, in dem darauf geachtet wird, dass unter der die Untersuchung durchführenden Personen auch welche sind, die Polnisch, Bulgarisch und Rumänisch sprechen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. dass die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz eine empirische Untersuchung über die soziale Lage auf der Straße lebender Menschen in Hamburg im ersten Halbjahr 2017 in Auftrag gibt. Die Studie soll sich im Aufbau und in der Methodik an der Studie „Obdachlose, auf der Straße lebende Menschen in Hamburg 2009“ orientieren, die vom damaligen Sozialsenator Dietrich Wersich (CDU) veranlasst worden ist und auf die sich auch der rot-grüne Senat der Gegenwart regelmäßig beruft.
2. bei der Neufassung der Untersuchung den inzwischen sehr hohen Anteil an osteuropäischen Obdachlosen zu berücksichtigen, indem zumindest einige der die Studie durchführenden Personen die entsprechenden Sprachen fließend sprechen.
3. der Bürgerschaft bis zum 30. April 2017 über den bis dahin entwickelten Zeitplan für die Realisierung der Evaluation inklusive der Auftragsvergabe, der Untersuchung und die zu beteiligenden Institutionen sowie Fertigstellung und Auswertung zu berichten.